

Wahlen 2021 VU nominiert in Schellenberg Dietmar Lampert

SHELLENBERG Die VU-Ortsgruppe Schellenberg hat am Freitag ihren langjährigen Ortsgruppenvorsitzenden Dietmar Lampert als Landtagskandidaten nominiert. Wie die VU am Freitagabend mitteilte, sei Lampert von vielen in der VU - nicht zuletzt für Regierungschefkandidat Daniel Risch - der Wunschkandidat schlechthin in Schellenberg. Politisch ist Dietmar Lampert den Angaben zufolge seit seinem 25. Lebensjahr aktiv - unter anderem 16 Jahre lang im Schellenberger Gemeinderat, davon war er acht Jahre als Schulratspräsident und in anderen verschiedenen Kommissionen tätig. Seit 15 Jahren ist Lampert VU-Ortsgruppenvorsitzender und Regierungsrat-Stellvertreter von Regierungsrätin Dominique Hasler. Beruflich ist der gelernte Landmaschinen-



Geht in Schellenberg für die VU ins Rennen: Dietmar Lampert. (Foto: ZVG)

mechaniker bei der thyssenkrupp Presta TecCenter AG in Eschen tätig. (red/pd)

Aus der Region Polizei warnt vor Schockanrufen von falschen Polizisten

CHUR In Chur sind mehrere ältere Personen von angeblichen Polizisten angerufen und am Telefon geschockt worden. Die unbekannteten Betrüger versuchten, im Zusammenhang mit einer Unfallnachricht Tausende von Franken zu ergaunern. Die Anrufe an mehrere älteren Personen erfolgten am Donnerstag. Wie die Kantonspolizei Graubünden am Freitag informierte, sagten die Betrüger den Leuten am Telefon an, ein Verwandter habe einen schweren Unfall gehabt. Die vermeintlichen Polizisten würden dann Druck ausüben und versuchen, die älteren Personen zur Bezahlung von mehreren Zehntausend Franken zu überreden. Manchmal werde das Telefongespräch mit Geräuschen von weinenden Personen im Hintergrund emotional verstärkt, schrieb die Polizei. Die Betrüger scheuen auch nicht davor zurück, die angerufenen Personen mit Strafandrohungen zusätzlich unter Druck zu setzen. In Chur hatten die Betrüger am Donnerstag keinen Erfolg. Die überraschten und meist schockierten Zielpersonen hätten aber nur durch misstrauische Bankangestellte oder Vertraute im Umfeld am Geldabheben gehindert werden können, teilte die Polizei weiter mit. Die Bündner Polizei erinnerte daran, wie man sich vor betrügerischen Telefonanrufern schützen kann. Die vermutlich wichtigste Regel lautet: Die Polizei verlangt am Telefon nie Bargeld. Zudem würden sich Polizisten immer mit ihrem Ausweis zu erkennen geben. Überdies sollten nie Bargeld oder Wertgegenstände an unbekannte Personen übergeben werden. Die Polizei kann auch über die Notrufnummer 117 erreicht werden. Dort lässt sich nachfragen, ob es diesen oder jenen Polizisten tatsächlich gibt. (sda)

Politik hält Konflikte aus, nicht aber eine fehlende Basis

Vortrag Im Haus Gutenberg gaben der deutsche Philosoph Martin Hartmann und liechtensteinische Abgeordnete einen Einblick, ob es um das Vertrauen in die Politik wirklich so schlecht steht wie Umfragen suggerieren.

VON DANIELA FRITZ

Als der deutsche Philosoph Martin Hartmann im vergangenen Herbst «Vertrauen - die unsichtbare Macht» fertigstellte, konnte er von der drohenden Pandemie noch nichts ahnen. Und trotzdem ist sein Buch aktueller denn je: Der Umgang mit dem Coronavirus führte zunächst zu höheren Vertrauenswerten in die Politik, mittlerweile lässt das Vertrauen der Bürger aber nach. Wie passend, dass Hartmann am Donnerstagabend im Haus Gutenberg zum Thema «Vom notwendigen Vertrauen in die Politik» referierte.

In den USA, wo gerade der Wahlkampf tobt, ist die Bevölkerung gespalten denn je. «Das Problem ist, dass sich Demokraten und Republikaner nicht mehr vertrauen. Viele Republikaner vertrauen nicht einmal mehr in das System», verdeutlichte Hartmann, der acht Monate selbst in den USA lebte. Beide Seiten würden in ihrer Blase leben und die Probleme des anderen nicht mehr verstehen. Es brauche jedoch Referenzpunkte ausserhalb der Politik, etwa das Gemeinwohl. Nur so bestehe die Bereitschaft, trotz unter-



Stefan Hirschlechner vom Haus Gutenberg, Viola Lanter (VU), Referent Martin Hartmann, Susanne Eberle-Strub (FBP) und Georg Kaufmann (FL) erklärten, wie es aus ihrer Sicht um das Vertrauen in die Politik steht. (Foto: Michael Zanghellini)

schiedlicher Meinungen einen Kompromiss zu entwickeln.

Nicht ganz so düstere Haltung

In den USA sei dies nicht mehr vorhanden, die Vertrauenskrise massiv, so Hartmann. Für Europa sieht er diesbezüglich weniger schwarz, wie er in seinem Vortrag ausführte. Zumal in der Politik Konflikte dazugehören. «Eine gemeinsame Welt herzustellen ist nicht so einfach», so Hartmann. Man sollte ernsthafte politische Konflikte daher nicht fürchten. Wichtig sei nur, dass man gemeinsame Probleme erkennt. Die Coronapandemie ist für ihn ein solches Beispiel: Sie stellt uns alle vor dasselbe Problem, auch wenn es dazu unterschiedliche Ansichten gibt. Die Vertrauenswerte in die Politik,

die in Liechtenstein und der Schweiz vergleichsweise hoch sind, würden ausserdem auf Umfragen basieren, erinnert Hartmann. Dabei würde die Meinung der Menschen abgefragt, nicht deren Verhalten. So hätten beispielsweise Banken katastrophale Umfragewerte. «Trotzdem hat jeder ein Bankkonto - so misstrauisch sind wir also gar nicht», verdeutlichte der Philosoph. Für ihn ist Misstrauen auch gar nicht das Problem. Schliesslich könnte das als engagierte Haltung gelten, man sieht genauer hin und fragt nach. Und aus Misstrauen könne - mit der Zeit - Vertrauen entstehen.

Vorbild direkte Demokratie

Wie aber lässt sich das Vertrauen der Bürger gewinnen? Mehr Trans-

parenz ist in den Augen Hartmanns jedenfalls nicht die Lösung. Das bedinge Vertrauen, denn man müsse der Quelle dann auch glauben. Viel wichtiger sei es als Politiker komplexe Inhalte einfach vermitteln zu können. Wenn der Bürger ausserdem erkennt, dass jemand prinzipientreu ist, aufrichtig, fair oder kompetent, kann dies ebenso Vertrauen aufbauen. «Es gibt viele Politiker, denen man vertrauen kann», findet Hartmann. Schwierig sei dabei allerdings, dass Politik für die meisten nicht direkt erfahrbar sei. Das mag in Liechtenstein weniger ein Problem sein, gab Hartmann zu. Auch in der Coronakrise ist dies anders: Was Politiker heute an Massnahmen verkünden, tritt oft am nächsten Tag unmittelbar und für alle spürbar in Kraft. Gewisse politische Instrumente könnten das Vertrauen ebenfalls unterstützen und Politik erfahrbarer machen. Hartmann nannte etwa die direkte Demokratie, wie sie in Liechtenstein und der Schweiz angewendet wird: «In Deutschland haben wir - auch aus historischen Gründen - Angst davor. Da wäre wiederum das Vertrauen der Politik in die Bürger gefragt.»

Praktische Einblicke aus FL-Sicht

So schloss Hartmann den Vortrag ab, den er mit dem Geständnis begann, als Deutscher und Philosoph natürlich wenig Einblick in die praktische Politik in Liechtenstein zu haben. Diese Sicht lieferten anschliessend die Abgeordneten Susanne Eberle-Strub (FBP), Viola Lanter (VU) und Georg Kaufmann (FL) (siehe unten), die von ihren Erfahrungen erzählten.

Susanne Eberle-Strub, FBP-Abgeordnete

Vertrauen in die Politik bedeutet für mich, dass die Entscheidungen und Handlungen der politischen Gremien mit Blick auf das Wohl der Bevölkerung des Landes getroffen werden. Ich bin mir bewusst, dass dies eine Gratwanderung darstellt. Für den einen ist ein Entscheid positiv, für den anderen ist er negativ. Gerade zu Beginn der Coronakrise diesen Frühling mussten Entscheidungen getroffen werden, die für viele Personen eine Belastung darstellten. Und doch hatte ich das Gefühl, das wurde verstanden. Das Vertrauen in die Regierung war da. Nun, mit Dauer der Krise und mit den neu gesetzten

Massnahmen zeigt sich jedoch, dass das Vertrauen eher wieder schwindet. Obwohl die Entscheidungen, die sicher zum Teil widersprüchlich und nicht angenehm sind, für das Wohl der Bevölkerung getroffen werden. Es wird gegen die Entscheidungen gewettert und diese negativen Tendenzen verbreiten sich mit den neuen Medien rasend schnell, werden vielfach nicht hinterfragt und dadurch schwindet bei vielen das Vertrauen in politische Gremien. Oft ist eine Mehrheit der Bevölkerung mit den politischen Entscheidungen einverstanden, nur diese hört man nicht. Nur die Unzufriedenen werden laut. Die negativen

Aussagen überwiegen und es ist sehr schwierig dagegen anzukommen. Für mich gehört zu guter Politik, das Wohl der Bevölkerung nicht aus den Augen zu verlieren, Kompromisse einzugehen, Emotionen und Visionen für die Zukunft des Landes zu haben, Position zu beziehen, faire und anständige Auseinandersetzungen ohne persönliche Angriff und Kompetenz. Personen werden auch aufgrund ihrer Aussagen und ihren Positionen gewählt. Es wird erwartet, dass sie sich als gewählte Personen auch so einbringen wie sie im Wahlkampf gesagt haben. Die Kompetenz ist ebenfalls wichtig. Deshalb ist für



mich wichtig, dass Politiker authentisch sind, ihren Charakter bewahren, nicht die Bodenhaftung verlieren und natürlich Entscheidungen treffen. Das sind meiner Meinung nach wichtige Elemente, um das Vertrauen der Bevölkerung zu bewahren.



Georg Kaufmann, FL-Abgeordneter

Eigentlich müsste ich als Oppositionspolitiker ja misstrauisch sein. Aber ich ticke nicht so. Ich habe einen hohen Anspruch an das Vertrauen und verbinde damit gewisse Eigenschaften: Transparenz, Verlässlichkeit und Respekt. Eine wichtige Komponente ist auch die Zeit. Es gibt Menschen, zu denen habe ich schnell ein grosses Vertrauensverhältnis. In der Politik braucht es hingegen relativ lange Zeit, bis Vertrauen vorhanden ist. Noch etwas anderes ist für mich wichtig, damit Vertrauen entsteht: Ein Rollenverständnis. Was ist meine Rolle als Abgeordneter. Ja, ich kontrolliere die Regierung.

Aber darf ich mich als Abgeordneter in Aufgaben der Regierung einmischen? Ich habe in den letzten Jahren immer wieder erlebt, dass es zu Konfusionen gekommen ist, vor allem auch von anderen Oppositionsparteien. Für mich wird Vertrauen durch Kommunikation sichtbar. Daran kann man ablesen, wie gross das Vertrauen in die Politik ist. Und da sehe ich bei uns im Land noch grosses Entwicklungspotenzial. Unsere lebendige Demokratie lebt von der Kultur von Lebensbriefe, sie spiegeln viele Meinungen und Haltungen der Bürger wider. Mir fällt auf, dass einige zunehmend vor

Beleidigungen nur so strotzen. Das ist nicht vertrauenswürdig. Das zerstört das politische Klima. Auch die Kommunikation in den sozialen Medien ist alles andere als vertrauenswürdig. Aber auch wir als Politiker sind in der Kommunikation zu wenig klar. Das verunsichert die Wähler, wie mir der Abstimmungsprozess am 30. August vor Augen geführt hat. Wir als gewählte Volksvertreter haben zwei Vorlagen klar befürwortet und das Volk hat sie hoch abgelehnt. Da haben wir vielleicht zu wenig transparent und offen kommuniziert. Wir waren uns unserer Sache vielleicht zu sicher.

Viola Lanter, VU-Abgeordnete

Im Landtag gibt es verschiedene Meinungen. Da ist Kompromissbereitschaft und -fähigkeit gefragt, man muss sich miteinander auseinandersetzen und sollte respektvoll miteinander umgehen. Man kann Ideen einbringen und sich dafür Verbündete auch über die Parteigrenzen hinweg suchen. Es muss eine Vertrauenskultur herrschen, dass Politiker das Beste für das Land wollen. Vertrauenskultur heisst aber nicht, dass man immer derselben Meinung sein muss.

Zwischen der ersten und zweiten Legislaturperiode meiner Amtszeit gab es grosse Unterschiede, was das Vertrauen anbe-

langt. In der ersten von 2013 bis 2017 war die Erhaltung des Staatshaushalts ein grosses Thema, wir mussten am selben Strick ziehen. Trotz unterschiedlicher Haltung haben einem die Menschen vertraut. In der Legislaturperiode ab 2017 gab es dann einige Eruptionen: Einen Partei Austritt eines Abgeordneten, eine Parteispaltung und sogar ein Misstrauensvotum gegen eine Regierungsrätin. Die Vertrauenskultur im Landtag hat dadurch schon gelitten. Auch ausserhalb fragte man sich, ob wir nur mit uns selbst beschäftigt sind, anstatt ans Gemeinwohl zu denken und die Aufgaben zu erfüllen.

Der 2. Juli, als das Misstrauensvotum ausgesprochen wurde, war für mich der schlimmste Tag in meiner Landtagskarriere. Die verlangte Transparenz konnten wir nicht bieten, da Unterlagen als vertraulich erklärt wurden und wir Persönlichkeitsrechte schützen mussten. Es war schwierig, den Schritt des Landtags der Bevölkerung zu erklären. Relevant war, ob man dieser Person als Regierungsrätin noch vertrauen kann. Die Antwort war Nein. Gegen Ende der Legislatur haben wir den «Rank» wieder gefunden: So tragisch die Coronapandemie ist, im Landtag hat man wieder zusammengefunden. Man wusste,



man musste Entscheidungen fällen und der Regierung Vertrauen schenken, dass sie das Beste für das Land will. Ohne Vertrauen kann die Politik nicht leben, sonst sind wir nicht gestaltunfähig.

ANZEIGE

TOPJOB.li